



**Ortsvorsteher:**

Schwane, Walter

**Verwaltungsmitarbeiter/in:**

|                           |                           |           |
|---------------------------|---------------------------|-----------|
| Dahlhaus, Martin          | Fachabteilungsleiter      |           |
| Gottlob, Ralf             | Fachbereichsleiter        |           |
| Lask, Markus              | Leiter Büro Bürgermeister |           |
| Reining, Ludger           | FB Gebäudewirtschaft      |           |
| Schulze Hessing, Mechtild | Erste Beigeordnete        |           |
| von Kriegsheim, Claudia   | Fachbereichsleiterin      | bis TOP 3 |

**Schriftführerin:**

Wensing, Franziska

**Es fehlen entschuldigt:**

Aehling, Bernadette  
Becker, Maja

**Abgewickelte Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 SPD-Antrag zur Stadtmusik  
Vorlage: V 2015/120
- 4 Sachstandsbericht zum Regionale-Projekt Gemen  
Vorlage: V 2015/121
- 5 Antrag auf Zuschuss in Höhe von 11.000 € zur Erweiterung der  
Gedenkstätte in Weseke (Ehrenmal St. Ludgerus)  
Vorlage: V 2015/113
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Neubau Tierheim in Ahaus

**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

**Bürgermeister Lührmann** begrüßt zum Hauptausschuss, eröffnet die Sitzung und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Der SPD-Antrag zur Stadtmusik soll als TOP 3 der Sitzung vorgezogen werden, um die Anwesenheit von Frau von Kriegsheim zu ermöglichen. Es gibt keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung.

## zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

keine

## zu 3 SPD-Antrag zur Stadtmusik Vorlage: V 2015/120

**Stv. K. Kindermann** erläutert den SPD-Antrag zu Stadtmusik. Es sei zu befürchten, dass die geplanten Spieltage aufgrund des Mittelverbrauchs nicht voll auszuschöpfen seien. Die CDU habe bereits einen ähnlichen Antrag gestellt. Es sei zu prüfen, wie lange die für 2015 in den Haushalt eingestellten Mittel reichen würden, da großes Interesse an der Stadtmusik seitens vieler Musikgruppen bestehe und zu verhindern sei, dass diese Gruppen auf andere Orte ausweichen. Die Höhe der Summe, die für dieses Jahr zusätzlich benötigt werde, kann **Stv. K. Kindermann** nicht beziffern.

**Bürgermeister Lührmann** weist daraufhin, dass entsprechend dem SPD-Antrag Gespräche mit Organisatoren der Stadtmusik für erforderlich gehalten würden.

**Frau von Kriegsheim** erklärt, dass die Kommunikation mit den Verantwortlichen der Stadtmusik rege sei. Es gebe 50 aktive Formationen für die Stadtmusik. Es stelle sich die Frage, ob diese große Anzahl oder eine Auswahl gewünscht sei, da sich dementsprechend die Kosten gestalten würden. Aufgrund der jeweiligen Wetterlage würden einige Termine abgesagt. Für 2015 seien 1.500 € im Haushalt eingestellt. Im letzten Jahr sei die ursprünglich eingestellte Summe von 1.400 € um 600 € erhöht worden. Bei einem überproportionalen Mittelansatz für die Stadtmusik gebe es ein Ungleichgewicht zu anderen städtischen Aktivitäten.

**Bürgermeister Lührmann** betont, in bescheidenen Rahmen sei man flexibel, wolle jedoch eine grundlegende Änderung im Kulturbereich vermeiden und sehe eine Ausnahmesituation für die Stadtmusik als problematisch an.

**Stv. E. Kindermann** meint, die Innenstadt sei besser besucht und die städtische Attraktivität werde gesteigert, wenn die Stadtmusik spiele.

**Stv. Richter** erinnert daran, dass auf die entsprechende Anfrage aus früherer Sitzung zur Förderung der Stadtmusik, ein Schreiben der Stadtmusik an alle Fraktionsvorsitzenden gegangen sei. Demnach würden den KünstlernInnen die Fahrtkosten erstattet, jedoch keine Gage gezahlt. Die Stadtmusik sei eine Bereicherung für die Innenstadt und solle weiter bestehen. Die CDU-Fraktion möchte die Stadtmusik unterstützen. Allerdings werde im SPD-Antrag kein konkreter Förderbedarf beziffert.

Auch **Stv. Gliem** möchte die Stadtmusik erhalten und hält es nicht für erforderlich, konkrete Zahlen zur Aufstockung des Budgets zu nennen, solange es um eine kleine Summe gehe.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erklärt, dass man wie im vergangenen Jahr auch in diesem Jahr nachbessern werde, falls erforderlich. Da dieses kulturelle Angebot sehr gut ankomme, solle es weitergeführt werden. Man werde miteinander ins Gespräch kommen, um für alle Seiten eine vertretbare Lösung zu finden.

**Stv. K. Kindermann** weist darauf hin, es sei bewusst keine bestimmte Summe beantragt worden. Den Geschäftsleuten tue die Stadtmusik einen Gefallen.

**Stv. Ebbing** spricht sich dafür aus, das Budget auf 2.000 € aufzustocken, um nicht ständig nachbessern zu müssen.

**Frau von Kriegsheim** äußert, dass der finanzielle Rahmen und die Bereitschaft der Verwaltung gegeben seien.

**Bürgermeister Lührmann** möchte die Unterstützung wie im vergangenen Jahr fortsetzen. Ein Beschluss sei nicht erforderlich.

**Stv. Niemeyer** möchte, dass die finanzielle Flexibilität zum Erhalt der Stadtmusik, wie in dieser Sitzung besprochen, in der Niederschrift festgehalten werde.

#### zu 4 Sachstandsbericht zum Regionale-Projekt Gemen Vorlage: V 2015/121

---

**Bürgermeister Lührmann** erklärt, dass der Sachstandsbericht zum Regionale-Projekt Gemen auf Antrag der CDU in die Tagesordnung aufgenommen worden sei. Dieses Thema sei sowohl öffentlich als auch nichtöffentlich aufgrund der Grundstücksfragen zu behandeln. In der aktuellen Sitzungsvorlage sei dargestellt, dass die Stadt Borken dieses Projekt sehr gern realisieren würde, aber nicht das dafür erforderliche Verhandlungsergebnis erzielt habe. Möglicherweise sei der Eindruck entstanden, als habe die Stadt nachträglich ohne besondere Begründung eine Mitfinanzierung gefordert, was jedoch nicht dem tatsächlichen Sachverhalt entspreche. Als die Problematik des Hausschwammbefalls deutlich geworden sei, habe man neue Berechnungen vorgenommen. Aufgrund dessen habe sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf ergeben, der in der Vorlage aufgeführt sei.

**Stv. Richter** kommt auf die irritierenden Presseberichte zu sprechen, die Anlass für den CDU-Antrag zur Berichterstattung zum Regionale-Projekt Gemen gewesen seien. Die Kirche habe mit ihren Institutionen ursprünglich das Kloster Gemen als Standort der Zentralrendatur vorgesehen und sich dann für einen anderen Standort entschieden. Auf die Frage, wie es zu dieser Entscheidung gekommen sei, möchte **Stv. Richter** eine Antwort bekommen. Weiter möchte **Stv. Richter** wissen, ohne auf die konkreten Zahlen einzugehen, wie sich die Kostenentwicklung darstelle.

**Herr Dahlhaus** erläutert, dass man aufgrund unterschiedlicher Kostenschätzungen der erforderlichen Sanierungsarbeiten einen Überblick gewonnen habe, wie hoch der Mehraufwand gegenüber dem eigentlichen Sanierungsbedarf bei diesem alten Gebäude sei. So halte ein Architekt bestimmte Maßnahmen für erforderlich z. B. beim Dachstuhl, die aus Sicht der Stadt Borken nicht ausreichend seien. Der Hausschwamm sei einzudämmen, das Problem aber nicht dauerhaft zu beseitigen. Mit entsprechend temperierten Wänden solle deren Stützfunktion für die aufliegenden Holzbalken erhalten werden. Außerdem sei das Gebäude entsprechend zu beheizen, um eine Luftfeuchtigkeit zu erzielen, die dem Hausschwamm entgegenwirke. All diese Maßnahmen würden hohe Kosten verursachen.

**Stv. Richter** meint, man müsse mit der Kirche als dem Eigentümer des Klosters sprechen, der wie die Stadt Borken ein Interesse am Erhalt dieses historischen Gebäudes habe, wer die erhöhten Kosten tragen solle.

**Bürgermeister Lührmann** weist darauf hin, dass diese Problematik sowohl für die seinerzeit beabsichtigte Nutzung des Gebäudes durch die Zentralrendatur als auch für das Regionaleprojekt Kloster Gemen gelte.

**Stv. Ebbing** informiert, dass viele Gerüchte im Umlauf seien, was den Standortwechsel der Zentralrendatur angehe.

**Bürgermeister Lührmann** stellt klar, dass die Kirche sich anders entschieden habe.

**Stv. Gliem** erkundigt sich nach den Auswirkungen des Hausschwamms für die Standfestigkeit des Gebäudes, da dieser abschließend nicht sanierungsfähig sei.

**Herr Gottlob** erklärt, dass der Hausschwamm bei Feuchtigkeit wachse und das sei in alten Gebäuden kaum zu verhindern. Infolge dessen sei ein solches Gebäude einmal jährlich von einem Sachverständigen in Augenschein zu nehmen. Auch müssten Wandheizungen regelmäßig überprüft werden. Neben den Heizkosten würden auch solche Prüfleistungen viel Geld kosten.

**Stv. Gliem** fragt, ob die Decken- und Unterkonstruktion aus Holz bestehe, was Herr Gottlob für die oberen Stockwerke bestätigt.

**Stv. Biela** interessiert sich für die Heizkosten der Wand in Anschaffung und Unterhalt.

**Bürgermeister Lührmann** äußert, dass es sich um die Folgekosten handele, über die keine Einigkeit mit dem Bischöflichen Generalvikariat habe erzielt werden können.

**Stv. K. Kindermann** meint, dass der Eigentümer nach dem Grundsatz „Eigentum verpflichte“ für solche Kosten aufzukommen habe.

**Bürgermeister Lührmann** erklärt, dass aufgrund des Denkmalschutzgesetzes der Eigentümer einer unter Denkmalschutz stehenden Immobilie in der Pflicht stehe. Bei allen Baumaßnahmen habe man sich an die Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes zu halten.

Er verweist auf den letzten Satz der Vorlage auf Seite 4, dass eine inhaltliche Weiterentwicklung des Centrums für Religionen unter Einbeziehung der Themen Integration und gesamtgesellschaftlicher Wertewandel denkbar sei, um weitere Fördermöglichkeiten zu erschließen. An dieser Weiterentwicklung werde in den kommenden Wochen und Monaten gearbeitet. **Bürgermeister Lührmann** verliest den zweiten Teil des Beschlussvorschlags, bevor er zur Abstimmung kommt.

**Stv. K. Kindermann** erklärt, falls es nicht gelinge, ein zukunftsfähiges und tragbares Regionale-Projekt zu entwickeln, seien die Konsequenzen zu ziehen.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, das „Centrum für Religionen“ weiterzuentwickeln unter inhaltlichen wie finanziellen Aspekten mit dem Ziel, dass daraus ein zukunftsfähiges und im Hinblick auf Investitions- wie Folgekosten tragbares Regionale-Projekt für die Stadt Borken entsteht. Bis zum Jahresende 2015 soll abschließend berichtet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme bei:

18 Ja-Stimmen

**zu 5 Antrag auf Zuschuss in Höhe von 11.000 € zur Erweiterung der Gedenkstätte in Weseke (Ehrenmal St. Ludgerus)**  
**Vorlage: V 2015/113**

---

**Stv. Börger** fragt, ob anstelle der vorgesehenen Stele eine in den Boden installierte Edelstahlplatte, wie sie im Konzentrationslager Buchenwald besichtigt worden sei, als Gedenkstätte für die verstorbenen Juden in Weseke möglich sei.

**Bürgermeister Lührmann** meint, dass für eine solche Gedenkstätte eine Bodenplatte ebenso gut wie eine Stele infrage komme.

**Stv. Richter** fragt, in wieweit das der Vorlage anliegende Schreiben der Zentralrendatur damit zusammenhänge.

**Bürgermeister Lührmann** erklärt, dass die Sanierungskosten des bestehenden Ehrenmals ebenfalls Gegenstand des Antrages des CDU-Ortsverbandes Weseke seien.

**Stv. K. Kindermann** spricht sich für die Stärkung der Erinnerungskultur in Borken aus und einen würdigen Ort zum Gedenken der verstorbenen Juden, die in unmittelbarer Nachbarschaft gelebt hätten. Vorab sei zu prüfen, ob eine Stele oder eher eine Edelstahlplatte geeignet sei.

**Stv. Börger** versichert, dass eingehende Recherche erfolgt sei bzw. erfolgen werde.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** weist darauf hin, dass anlässlich der Toreinweihung am Jüdischen Friedhof ein guter Kontakt zur Jüdischen Gemeinde entstanden sei und ein positives Gespräch im Rathaus stattgefunden habe, auf das man auch in diesem Fall zurückgreifen könne.

**Beschluss:**

Der Ausschuss befürwortet den Antrag des CDU-Ortsverbandes und stellt die Mittel in Höhe von 11.000 Euro zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme bei:

18 Ja-Stimmen

**zu 6 Mitteilungen und Anfragen**

---

sh. Unterpunkt

## zu 6.1 Neubau Tierheim in Ahaus

---

**Bürgermeister Lührmann** informiert, dass das Tierheim in Ahaus neu gebaut werde, wie von der Presse bereits veröffentlicht. Die Grundstücksfragen seien gelöst. Entsprechend dem Beschluss des Hauptausschusses könnten nun die entsprechenden Verträge abgeschlossen werden.

gez.

Lührmann  
Bürgermeister

gez.

Wensing  
Schriftführerin